Niederschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Kusterdingen
-öffentlicher Teil-

Datum: 25.09.2024

Beginn: 19:30 Uhr **Ende: 22:23 Uhr**

Bürgermeister	
Dr. Soltau	

Gemeinderatsmitglieder: 17 bzw. 16 **Normalzahl:18**

Gemeinderatsmitglieder			
Vera Ambros		Elvira Hornung	
Susanne Bailer		Lena Kühn	bis 22:20 h (TOP 7)
Günter Brucklacher		~~Siegfried Maier~~	entschuldigt
Jens Deichmann		Gerhard Mayer	
Timo Dolch	ab 19:40 h	Steffen Schreiner	
Adam Dürr		Philipp Wandel	
Johannes Ferber		Johannes Weber	
Michael Gassler		Gudrun Witte-Borst	bis 21:43 h
Dr. Josef Göppert		Antje Wittmann	
Außerdem anwesend			
~~Frau Hahn, AL Kämmerei~~		OR Wankheim zu TOP 5	
Frau Marinic, AL Hauptamt		Herr Kapfer, Ingenieurbüro Herrmann und Mang zu TOP 5 und TOP 6	
Frau Schoser, AL Ortsbauamt			
Herr Greiner, AL Ordnungsamt			
Schriftführerin		Monika Elsässer	

Zur Beurkundung:

Bürgermeister Gemeinderatsmitglieder

Schriftführerin

Tagesordnung für den öffentlichen Teil		Vorlage Nr.
1.	Bekanntgabe der Niederschriften aus der Sitzung vom 24.07.2024	
2.	Mitteilungen	
3.	Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse	
4.	Einwohner- und Jugendfragestunde	
5.	Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen Helleräcker Nord und Süd in Wankheim, Ausführungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistungen	086/2024
6.	Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Bannholz, Ausführungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistung	087/2024
7.	Feststellung von wichtigen Ablehnungsgründen nach § 16 GemO für a) das Ausscheiden von Frau Kühn aus dem Gemeinderat b) die Ablehnung des Eintritts in den Gemeinderat durch Herrn Nielebock sowie die Feststellung über das Nichtvorliegen von Hinderungsgründen c) beim Nachrücken von Herrn Dr. Schall als Ersatzperson	096/2024
8.	Nachrücken von Herrn Dr. Burkhard Schall: Verpflichtung des in den Gemeinderat nachrückenden Mitglieds	098/2024
9.	Nachrücken in den Gemeinderat: Neubesetzung von Ausschüssen und Gremien	099/2024
10.	Konsolidierungsbericht 2025 ff	097/2024
11.	Antrag auf Erstellung und Veröffentlichung eines Schulbarometers als Datengrundlage für eine Entwicklungsprognose an den örtlichen Grundschulen	100/2024
12.	Einwohnerversammlung: Sanierungsmanagement, Städtebauliches Sanierungsprogramm und Kommunale Wärmeplanung	095/2024
13.	Wünsche, Verschiedenes, Anträge	

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 17 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 1 Gemeinderat Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

BM Dr. Soltau begrüßt die anwesenden Gemeinderatsmitglieder, Vertreterinnen der Presse und zahlreich erschienen Gäste. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Er teilt folgende Änderung zum Ablauf der Tagesordnung mit: TOPe 7, 8 und 9 werden vorgezogen und im Anschluss an TOP 4 behandelt. Der Gemeinderat ist einverstanden.

TOP 1

Bekanntgabe der Niederschriften aus der Sitzung vom 24.07.2024

BM Dr. Soltau teilt eine Änderung zu Teil 1 § 6 auf Seite 8 mit, die von GRin Hornung gewünscht wurde. Die Bekanntgabe erfolgt im Umlaufverfahren.

TOP 2

Mitteilungen

Es gibt keine Mitteilungen.

TOP 3

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Es wurde der Zuschlag zum Verkauf von vier Bauplätzen für Doppelhaushälften in der Luise-Gühring-Straße vergeben.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 17 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 1 Gemeinderat Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 4

Einwohner- und Jugendfragestunde

Windkraft-Anlage

Herr Schäffer meldet sich als Sprecher der BI ProNatur Härten zu Wort und sagt, dass er eine Sammlung mit 396 Unterschriften gegen die geplante Windkraftanlage dabei habe, die er nachher BM Dr. Soltau übergeben werde. Zuvor habe er noch folgende vier Fragen:

1. Wieso hat der Gemeinderat zu solch einem wichtigen Thema keinen Bürgerentscheid mit vorheriger Informationsveranstaltung durchgeführt?
2. Wird sich der neue GR in einer ähnlichen Sache genauso verhalten, d.h. solche großen Bauvorhaben ohne vorherige Info-Veranstaltung und ohne Bürgerbeteiligung entscheiden?
3. Wie ist der jetzige Stand des Verfahrens? Man bekommt gar nichts mehr mit. Man hört nur, dass es anscheinend abgelehnt wurde.
4. Ist der neue GR immer noch der Ansicht, dass Windkraft und PV-Anlagen in der freien Landschaft sinnvoll sind?

Es ist wichtig, die Bürger im Vorfeld mitzunehmen. Auch schon ein Jahr bevor mit dem Verfahren begonnen wurde, ist bekannt gewesen, dass der Windatlas getrickst sei. Ebenso die Unbezahlbarkeit der Energiewende. Nächstes Jahr werden noch die Subventionen gestrichen. Je mehr solcher Anlagen entstehen, desto mehr überschüssigen Strom gibt es.

BM Dr. Soltau antwortet:
Zu 1.: Was wichtig ist, ist relativ. Auch der Bau eines Feuerwehrhauses für 10 Mio oder einer Kita für 8 Mio ist wichtig. Wenn man jedes Mal einen Bürgerentscheid durchführen würde, kommt man aus den Bürgerentscheiden gar nicht mehr raus. Er ist kein Befürworter von Bürgerentscheiden. Denn schließlich gibt es die gewählten Vertreter des Gemeinderats. Dies ist das demokratisch legitimierte Gremium für solche Entscheidungen.
Zu 2. Ob der neue Gemeinderat sich genauso verhält, dem kann er nicht vorgreifen. Aber er wird keine Bürgerentscheide empfehlen.
Was die angemahnte Information betrifft, da wurde im Vorhinein im Gemeindeboten berichtet, und die GR-Sitzungen dazu waren öffentlich.
Zu 3. Stand des Verfahrens: Die Information dazu muss vom Projektträger, den SWT, kommen. Eine zeitnahe Information von dieser Seite hält er auch für geboten.
Zu 4. Ja; davon geht er jetzt mal aus.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 17 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 1 Gemeinderat Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

Busverkehr

Herr Obergfell meldet sich zum Busverkehr in Wankheim bzw. der Verkehrsführung der Linienbusse in Walbenstraße und Helleräcker zu Wort und will wissen, ob bei den aktuellen Planungen des LRA die Situation des Begegnungsverkehrs in der Walbenstraße Beachtung findet. Er plädiert dafür, dass die Busse wieder – wie früher auch schon – in den Helleräckern hoch und in der Walbenstraße nur runter fahren, damit es nicht zu Enge und Begegnungen kommt. Problem seien auch die beiden Rechtskurven. Außerdem würde man sich so zwei Bushaltestellen sparen. Er hat das Anliegen auch an Frau Zorn für die Beratung im Kreistag weitergegeben.

In den Planungen wird das – so BM Dr. Soltau – bisher so nicht berücksichtigt. Denn es gibt auch gute Argumente für den Begegnungsverkehr, nämlich, dass die Busse keine Schlaufe fahren müssen, damit Kraftstoff sparen und vermutlich auch die Zeittaktung besser einhalten können.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 17 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 1 Gemeinderat Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

Vorgezogen vor TOP 5

TOP 7

Feststellung von wichtigen Ablehnungsgründen nach § 16 GemO für
a) das Ausscheiden von Frau Kühn aus dem Gemeinderat
b) die Ablehnung des Eintritts in den Gemeinderat durch Herrn Nielebock
sowie die Feststellung über das Nichtvorliegen von Hinderungsgründen
c) beim Nachrücken von Herrn Dr. Schall als Ersatzperson

Die Sitzungsvorlage Nr. 096/2024 wird Bestandteil der Niederschrift.

Frau Marinic rekapituliert den bisherigen Sachverhalt und trägt Folgendes zum neuen Sachverhalt vor:

- Nach der Wahl erklärte Frau Kühn, dass sie ihr GR-Mandat aus familiären Gründen nicht antreten möchte.
- Der GR beriet hierüber in seiner Sitzung am 24.07.2024 und lehnte dies mehrheitlich durch Beschluss ab; der vorgetragene Ablehnungsgrund wurde nicht anerkannt. Frau Kühn wurde daraufhin verpflichtet und ist damit in den GR eingetreten.
- Dieser Beschluss ist rechtmäßig zustande gekommen und rechtskräftig.
- Allerdings soll sich der GR – so der Hinweis der Kommunalaufsicht - zur Klarstellung des Beschlusses vom Juli noch einmal mit dem Thema befassen und ergänzen, warum genau der Ablehnungsgrund nicht anerkannt wird. Es gilt nämlich zu beachten:
    - Bei den Ablehnungsgründen wird unterschieden zwischen absoluten Ablehnungsgründen, die durch reine Fakten eindeutig mit Ja oder Nein beantwortet werden können und daher keiner weiteren Prüfung und Abwägung bedürfen und
    - Ablehnungsgründen, die im Einzelfall zu prüfen und zu beurteilen sind, dazu gehören u.a. die erhebliche Beeinträchtigung der Kindererziehung oder Betreuung von Angehörigen und damit die Familienfürsorge.
- Eine solche Abwägung und Beurteilung wie sie bei einer Ablehnung aus familiären Gründen erforderlich ist, ist aber in der Juli-Sitzung zu kurz gekommen bzw. nicht in ausreichendem Maße erfolgt und damit auch nicht dokumentiert worden. Dies ist jedoch erforderlich, um darauf aufbauend auch einen schriftlichen Ablehnungsbescheid mit der erforderlichen Begründung versehen zu können. Diese Begründung muss vom Gemeinderat durch die Beratung über das Thema vorgegeben werden und kann nicht von der Gemeindeverwaltung aus einer Beschlusslage interpretiert werden.
- Daher wurde der Tagesordnungspunkt zur Fortsetzung bzw. Klarstellung des bestehenden Beschlusses erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

- Inzwischen hat sich die Sachlage durch einen neu hinzugekommenen Gesichtspunkt verändert. Denn Frau Kühn hat mitgeteilt, dass sie aus der mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung *Härtenliste Umweltschutz und Demokratie e.V.* ausgetreten ist. Frau Kühn hat inzwischen mit dem dem Gemeinderat vorliegenden Antrag diesen weiteren Ablehnungsgrund geltend gemacht.
  Bei einem Austritt aus der Wählervereinigung kann das Mitglied im Gemeinderat (und zwar nur dieses Mitglied in Person, also nicht dessen Wählervereinigung oder andere Gremiumsmitglieder) sein Ausscheiden verlangen. Auch das ist wiederum einer der zuvor angeführten absoluten Ablehnungsgründe, die rechtlich allein aus der Faktenlage zu prüfen ist und somit keinen Raum für eine weitere rechtliche Prüfung oder Beurteilung bieten. Die Kündigung der Mitgliedschaft und die Kündigungsbestätigung liegen der Verwaltung vor.
- In Abstimmung mit Frau Kühn und unserer Rechtsaufsichtsbehörde schlagen wir vor, dass entgegen der Rangfolge im Antrag von Frau Kühn vorrangig über diesen neuen Austrittsgrund Beschluss gefasst wird, da der Sachverhalt hier eindeutig ist und damit auch eine intensive Diskussion über die familiären Gründe und damit die privaten Familienverhältnisse von Frau Kühn, die ggf. dann noch weiter zu erläutern und zu erörtern wären, gleichzeitig aber auch einen großen Eingriff in die Privatsphäre bedeuten würden, entbehrlich wird.
- Selbst wenn der Gemeinderat zunächst über die anderen Gründe beraten und die Ablehnung aufrechterhalten und begründen möchte, müsste der Gemeinderat am Schluss auf Grund des Austritts aus der Wählervereinigung und dem daraus folgenden rechtlich zulässigen Verlangen von Frau Kühn, dennoch das Ausscheiden aus dem Gemeinderat auf Grund eines wichtigen Grundes feststellen.
- Unabhängig von der politischen oder moralischen Betrachtungsweise, besteht aus rechtlicher Sicht bei diesem Ablehnungsgrund kein Beurteilungsspielraum.
- Daher schlagen wir vor, auf die Beratung und Abwägung über familiäre Gründe zu verzichten und sich ausschließlich mit der Feststellung des wichtigen Grundes auf Grund des Austritts aus der Wählervereinigung zu befassen.
- Anschließend werden wir dann über die Frage der Nachrücker einzeln Beschluss fassen.

Frau Kühn erhält das Wort und erklärt:

Ich habe Ihnen meine Begründung des Antrags ja schriftlich zukommen lassen. Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen. Wenn es jemanden interessiert, kann er mich ansprechen und ich kann es ihm zukommen lassen.
Ich möchte dem nur noch ein paar wenige persönliche Sätze hinzufügen:

1. Das Wichtigste zuerst: Es ist meines Erachtens schlicht nicht möglich, in meiner Lebenssituation zwei Ehrenämter angemessen auszufüllen. Das ist der Grund dafür, warum so wenige junge Mütter in den Gremien sitzen. Es ist eben nicht gut mit der Familie zu vereinbaren. Und das obwohl ich jemand bin, der zahlreiche Ehrenämter angenommen und ordentlich ausgeübt hat, so auch hier in der Gemeinde Kusterdingen. Ich war 4 Jahre Elternbeirätin im Kinderhaus Pusteblume, darunter auch Elternbeiratsvorsitzende; ich war engagiert im Gesamtelternbeirat, 4 Jahre Elternbeirätin an der Härtenschule, 4 Jahre im Vorstand der Härtenliste und seit knapp 3 Jahren bin ich Ortschaftsrätin in Immenhausen. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Engagement bei der Abstimmung am 24.07. anerkannt und mitbedacht wird. Das ist leider nicht geschehen.
2. Es tut mir leid für meine Wählerinnen und Wähler, die sich vielleicht erhofft haben, dass eine junge Mutter ihre Sichtweise in den Rat trägt, aber ich kann das Mandat schlicht nicht angemessen ausüben.
3. Es ist meiner Ansicht nach aufrichtiger, diese Tatsache den Wählerinnen und Wählern offen zu kommunizieren, als ein Mandat mehr schlecht als recht auszufüllen und dann in ein paar Monaten oder in einem Jahr den Antrag nochmal zu stellen, wie es mir in der Presse und in Gesprächen von Einzelnen hier im Raum nahegelegt wurde. (Niemand hat etwas von einer Gemeinderätin, die ständig fehlt oder früher gehen muss; darauf liegt kein Segen.) Und eine Zeitmaschine, um in den März dieses Jahres zurückzureisen, habe ich leider auch nicht.
4. Ich möchte noch ein paar Zahlen und Einschätzungen von Dritten anfügen, die meines Erachtens bei der Einordnung helfen:
   In Baden-Württemberg wurden 2019 (neuer Zahlen gibt es noch nicht) 50 Mandate aus wichtigen Gründen abgelehnt. Von diesen 50 wurden 47 Anträge angenommen, lediglich 3 wurden abgelehnt. Die Ablehnung meines Mandats stellt somit die absolute Ausnahme dar, in keine Weise den Normalfall.
   Innenminister Strobel, CDU, führt zu diesem Sachverhalt am 06.08.2019 aus (Landtagsdrucksache 16/6772): „Personen, die in den Deutschen Bundestag oder in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt werden, können ohne Angabe von Gründen die Wahl ablehnen oder auf ihr Mandat verzichten. Nach Auffassung der Landesregierung sollte deshalb an die bestehende Verpflichtung, ein kommunales Mandat auszuüben, keine überzogenen Anforderungen gestellt werden. Es dürfte auch der Sacharbeit in den Gremien nicht dienlich sein, wenn dabei Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gegen ihren Willen mitwirken müssen."
5. Zum Schluss noch zu meinem Austritt aus der Härtenliste: Ich sehe mich zu diesem Schriftt gezwungen, weil ich leider kein Vertrauen mehr in eine ergebnisoffene Prüfung meines Antrags habe.
   Vielleicht stören Sie sich daran, dass Ihnen damit in dieser Sache kein Ermessensspielraum gelassen wird. Das kann ich nachvollziehen. Dieser Schritt schafft aber hoffentlich endlich Klarheit – für mich, aber auch für das Gremium, das sich den wichtigen kommunalpolitischen Themen widmen kann und sich nicht mehr endlos mit Personalfragen beschäftigen muss. Und das wäre doch ein Segen für uns alle.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 17 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 1 Gemeinderat Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

BM Dr. Soltau fragt, wer das Wort wünscht.

GR Deichmann erklärt, dass die Suche nach Kandidaten für eine Wahl ausgesprochen schwierig sei. Auch bei gründlicher Prüfung könne man nicht in einen Menschen sehen. Er bedauert, dass gerade sie als junge Mutter zurücktreten will. Die genannten Gründe seien ja alle schon vor der Wahl bekannt gewesen.

GR Dürr stimmt GR Deichmann zu. Er fragt sich auch, was mit dem OR sei, wenn man aus der Wählervereinigung austritt, für die man angetreten ist. Und, es werde niemand gezwungen, hier zu erscheinen.

BM Dr. Soltau weist darauf hin, dass die Gemeindeordnung sehr wohl die Verpflichtung zur Teilnahme an den Sitzungen enthält. Der OR sei hier nicht das Thema.

GRin Hornung erklärt, ihre Notizen und Überlegungen haben sich durch den absoluten Ablehnungsgrund des Ausscheidens aus der Wählervereinigung erledigt; clever gemacht.

GR Ferber sagt, er finde diese Debatte unsportlich, kindisch und juristisch nicht zu begründen. Außerdem sei es reine Zeitverschwendung, da es laut Gemeindeordnung für Kandidierende nur die Pflicht gibt, 1 Ehrenamt anzunehmen. Der Antrag von Frau Kühn sei weder juristisch noch moralisch angreifbar. Welches der Ämter man in solch einem Fall annimmt, sei die freie Entscheidung des Betreffenden.

BM Dr. Soltau mahnt, jetzt nicht gleich zu Anfang der Wahlperiode einen Riss im Gemeinderat zu provozieren, sich nicht schon jetzt die Köpfe einzuschlagen. Es ist schlecht, wenn der Rat jetzt schon zerstritten ist. Das ist die Sache nicht wert, von der in einem Vierteljahr niemand mehr spricht. Es tut allen gut runterzukommen. Wir haben wichtigere Themen, die wir voranbringen müssen, zum Beispiel die Härtenschule.

GR Mayer spricht Frau Kühn direkt an und sagt, dass er es schade findet, dass sie als junge Mutter nicht dabei ist und ihre Perspektive einbringt. Er denkt aber, die Sache sei, wie in der Vorlage dargestellt, eindeutig. Wenn einer nicht kann und will, dann ist das halt so. Die Wähler haben Frau Kühn auch bestimmt schon verziehen. Herr Schall freut sich bestimmt. Er ist dafür, jetzt abzustimmen.

GR Deichmann fragt, ob es denn nicht in der Hauptsatzung einen Passus für die Kostenübernahme der Kinderbetreuung für die Teilnahme an Sitzungen gibt.

Frau Marinic: Es gibt sowohl in der GemO als auch in der Hauptsatzung eine solche Regelung.

BM Dr. Soltau: Frau Kühn hat das so nicht gewählt. Mit dem Austritt aus der Härtenliste hat der Rat eine goldene Brücke angeboten bekommen, über die wir einfach gehen können.

GR Weber findet es schade, dass sie als junge Mutter im GR fehlt. Was den absoluten Ablehnungsgrund wegen Austritt aus der Härtenliste betrifft, so sei doch normalerweise diese Möglichkeit für inhaltliche Diskrepanzen gedacht.

Frau Marinic erklärt, die Rechtsaufsicht habe das so akzeptiert.

GR Dr. Göppert sagt, es seien alle Argumente ausgetauscht. Er stellt den Antrag, jetzt abzustimmen.

Nachdem GR Deichmann seinen Wunsch zur Wortmeldung zurückgezogen hat, gibt es keine weiteren Meldungen mehr auf der Rednerliste.

BM Dr. Soltau lässt daher abstimmen:

GRin Kühn erklärt sich für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Die Abstimmung ergibt 7 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Durch diesen Beschluss – so BM Dr. Soltau – hat der Gemeinderat die Feststellung von wichtigen Ablehnungsgründen für das Ausscheiden von Frau Kühn aus dem Gemeinderat nach § 16 GemO abgelehnt. Er wird den Beschluss der Rechtsaufsicht mitteilen, von dort sicher die Bestätigung bekommen, dass der Beschluss rechtswidrig ist, und er dann als BM dem Beschluss des GR widersprechen muss. Es muss dann erneut in einer Sondersitzung innerhalb von 3 Wochen Beschluss gefasst werden.

GR Dr. Göppert fragt, ob denn Frau Marinic nicht noch einmal ihre Ausführungen vorlesen und man nochmal abstimmen könne.

Es entsteht Stimmengemurmel.

BM Dr. Soltau erklärt, dass gehe nicht; abgestimmt ist abgestimmt.

GRin Bailer und GR Brucklacher fragen, ob es überhaupt rechtens war, dass Frau Kühn ihre Äußerungen hier am Ratstisch macht oder ob sie nicht gleich befangen war.

Mit den Worten: *Das ist absurd. Ich gehe jetzt und komme auch nicht zur Sondersitzung.*, verlässt Frau Kühn um 20:20 Uhr den Sitzungssaal.

Über die TOPe 7 b), 7 c), 8 und 9 war aufgrund der Ablehnung zu TOP 7 a) nicht mehr zu beraten und zu beschließen.

Fortsetzung daher laut TO mit TOP 5

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 2 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner; OR Wankheim; Herr Kapfer Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 5

Barrierefreier Umbau der Bushaltestellen Helleräcker Nord und Süd in Wankheim, Ausführungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistungen

Die Sitzungsvorlage 086/2024 wird Bestandteil der Niederschrift.

BM Dr. Soltau stellt – wegen der neuen Gemeinderäte - Herrn Kapfer vor, der schon seit vielen Jahren mit großer Kompetenz und Sorgfalt für die Gemeinde tätig sei und solche Projekte durchführe. Er weist außerdem auf ein diesbezüglich neu aufgelegtes Förderprogramm hin, das Frau Hahn eruiert habe, und wir unbedingt nutzen sollten. Denn so günstig kommen wir sonst vermutlich nicht mehr zu einem Umbau. Sollte der Umbau Gesetz werden, fallen die Fördermittel dafür womöglich ganz weg.

Herr Kapfer stellt anhand einer Präsentation die Planung vor und erläutert die Maßnahme.

GR Dolch fragt nach der Wetterschutzeinrichtung, ob diese nicht auf der gegenüberliegenden Seite angebracht werden könne. Es wäre doch schade, wenn sie entsorgt werden müsste.

Gegenüberliegende Seite geht nicht, weil Privatgrund. Aber weggeworfen wird sie nicht – so BM Dr. Soltau – sondern höchstens irgendwo zwischengelagert.

GR Dürr verweist darauf, dass die Maßnahme komplett knapp 120 Tausend Euro kostet. Mit dem von Herrn Obergfell vorgeschlagenen Einbahnstraßenverkehr würde man sich die Hälfte sparen und Zeit gewinnen.

BM Dr. Soltau verweist auf den höheren Kraftstoffverbrauch durch den Umweg.

GR Gassler erklärt, sein Herz hänge nicht am Ausbau dieser Bushaltestelle, denn es gibt schon zwei gut ausgebaute mit Hochbord. Von ihm aus könne es bleiben, wie es ist. Aber er beugt sich dem gesetzlichen Anspruch. Gesetz ist Gesetz.
Aber wenn schon, dann sei doch die Frage, ob auch eine Beleuchtung auf der nördlichen Seite möglich wäre.

Das – so Herr Kapfer – ist der Fall.

BM Dr. Soltau nimmt Bezug auf die Verpflichtung zur Barrierefreiheit im ÖPNV eigentlich bis Januar 2022. Er befürchtet, dass irgendwann die Fördergelder für solche Maßnahmen entfallen, wenn es eine verschärfte Pflicht zum Umbau gibt. Mit Förderung kostet es uns nur 40 Tausend Euro Eigenmittel, sonst wären es 70 Tausend. Das Wartehäuschen wandert von

der Nord- auf die Südseite; das ist die Seite, auf der man einsteigt, wenn man nach Tübingen will, und das sind die meisten. Außerdem weht der Wind meist aus Süd-West, also ist es die richtige Seite. Im Übrigen hoffe er, dass dann auch Menschen mit dem Bus ins Gewerbegebiet kommen.

OR Kemmler fragt, ob Sitzgelegenheiten auch ohne Wetterschutz auf der Nordseite möglich wären.

Machbar ja - so Herr Kapfer -, aber es sind zusätzliche Kosten – so BM Dr. Soltau - . Man könne auf der anderen Seite warten, weil man den Bus frühzeitig kommen sieht.

Menschen mit Gehbehinderung nützt das nichts – so OR Kemmler.

GR Deichmann fragt, ob man nicht die Einwohner zum Vorschlag von Herrn Obergfell fragen könne.

GRin Bailer : Die Fahrpläne sind so eng getaktet, dass das vermutlich nicht geht.

GR Gassler sieht auf die schon fertig gestellten Haltestellen; im Aspenhau ist die Anfahrt schwierig, Pfarrhaus ist sehr gut. An Helleräcker stört ihn die Fahrbahnverengung.

OR Braun sieht an dieser Stelle ebenfalls keine Notwendigkeit für Hochbord, da die Entfernungen zu den anderen Haltestellen nicht groß sei.

BM Dr. Soltau verweist jedoch auf die Vorschriften im Nahverkehrsplan.

Es wird sodann über den Beschlussvorschlag wie folgt abgestimmt:

Ortschaftsrat Wankheim: 5 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung

Gemeinderat: Ja mit großer Mehrheit

Der Beschluss lautet:

- Die vorgestellte Planung wird bestätigt und als Basis für die weiterführenden Planungsschritte und die Ausschreibung der Bauleistungen zugrunde gelegt.

- Das Büro Herrmann und Mang Ingenieure GmbH &Co. KG aus Pfullingen erhält den Auftrag für sämtliche Planungs-, Vermessungs- und SiGeKo-Leistungen bei der oben genannten Maßnahme. Die Auftragssumme beläuft sich auf 19.190,20 € brutto.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 2 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner; Herr Kapfer Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 6

Barrierefreier Umbau der Bushaltestelle Bannholz, Ausführungsbeschluss und Vergabe der Planungsleistungen

Die Sitzungsvorlage 087/2024 wird Bestandteil der Niederschrift.

Herr Kapfer erläutert auch die Planung für diese Maßnahme anhand einer Präsentation.

Die jetzige Busbucht ist so schmal, dass der Bus nach dem Umbau – ähnlich wie bei der Bushaltestelle *Altes Rathaus* – zum Teil auf der Fahrbahn halten wird. Die Fahrbahn wird dadurch aber nicht schmaler. Auch reicht die jetzige Grundstücksfläche für die Bushaltestelle aus. Die Wetterschutzeinrichtung, die jetzt deutlich oberhalb der Bushaltestelle steht, wird weiter nach unten zur Bushaltestelle verlegt.

GRin Hornung sieht ein Problem mit dem nahen Zebrastreifen durch Autos, die am Bus vorbeifahren wollen.

Da sei man – so Herr Kapfer – in Abstimmung mit dem LRA.

Der Gemeinderat stimmte sodann einstimmig für die Planung.

Der Beschluss lautet wie vorgeschlagen:

- Die vorgestellte Planung wird bestätigt und als Basis für die weiterführenden Planungsschritte und die Ausschreibung der Bauleistungen zugrunde gelegt.

- Das Büro Herrmann und Mang Ingenieure GmbH &Co. KG aus Pfullingen erhält den Auftrag für sämtliche Planungs-, Vermessungs- und SiGeKo-Leistungen bei der oben genannten Maßnahme. Die Auftragssumme beläuft sich auf 16.766,40 € brutto.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 2 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 10

Konsolidierungsbericht 2025 ff

Die Sitzungsvorlage 097/2024 wird Bestandteil der Niederschrift.

BM Dr. Soltau erläutert den Sachverhalt und erklärt, dass man wegen der Auflagen des LRA die Planansätze nochmal akribisch durchforstet habe, ob nicht doch noch irgendwo Luft ist. Das ist der Fall, nämlich bezogen auf das IG West, wo tatsächlich die dargestellten Korrekturen auf der Ein- und Ausgabenseite vorgenommen werden konnten.
Das wird man dem LRA vorlegen, sofern der GR hier einverstanden ist.

GRin Hornung sagt, sie habe sich gefragt, ob es wirklich so einfach sein kann; einfach mal *hex-hex* und dann stimmt es wieder. Ob das LRA da mitmacht? Und, ist das nachhaltig?

BM Dr. Soltau: Ja, denn es gebe einen Beurteilungsspielraum und man habe vorher beim LRA nachgefragt. Das alles gelte dann erstmal für die genannten 3 Jahre mit der Bezugsgröße 2024. Aber deswegen war die Idee, das in der heutigen Sitzung zu beschließen für den Fall, dass das LRA entgegen der Erwartung ablehnt.

GRin Hornung fragt, wie es sich sonst mit Puffern, verhält, die man im Haushalt ja immer hat.

BM Dr. Soltau: Da muss man unterscheiden zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt. Im Finanzhaushalt, also bei Baumaßnahmen und Investitionen hat man immer einen gewissen Puffer. Hier geht es aber um den Ergebnishaushalt, also die laufenden Ausgaben. Da gibt es eigentlich keine erheblichen Stellschrauben.

GRin Hornung verweist auf die steigenden Personalkosten. Laut Staatsanzeiger stehen jetzt schon viele Gemeinden wegen klammer Kassen unter Aufsicht.

BM Dr. Soltau verweist auf die Kreisumlage, die um 600 Tausend Euro gestiegen ist – also *um* nicht *auf*.

GR Dr. Göppert fragt, ob bezüglich des Grundsteueraufkommens mit anderen Annahmen gerechnet wurde.

BM Dr. Soltau: Die Grundsteuer soll weitgehend einkommensneutral sein, deswegen ist das nicht der Fall. Da wird aber demnächst eine Info mit verschiedenen Szenarien kommen.

GRin Ambros fragt nach den Jahresabschlüssen 2022 und 2023.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 2 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

BM Dr. Soltau: Angesichts der Personalsituation in der Finanzverwaltung ist es derzeit nicht möglich, gleichzeitig noch Jahresabschlüsse zu machen. Das LRA hat ganz klar den laufenden Haushalt priorisiert. Sonst wären ja auch keine laufenden Ausgaben möglich, genauso wenig die vielen Anträge auf Fördermittel. Das läuft alles in persona bei Frau Hahn.

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag zu und beschließt sodann einstimmig wie vorgeschlagen:

Die mittelfristige Haushaltsplanung wird, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, angepasst.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 2 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 11

Antrag auf Erstellung und Veröffentlichung eines Schulbarometers als Datengrundlage für eine Entwicklungsprognose an den örtlichen Grundschulen

Die Sitzungsvorlage 100/2024 mit dem o.g. Antrag sowie die Stellungnahme der Verwaltung mit Anlagen werden Bestandteil der Niederschrift.

BM Dr. Soltau bittet GR Deichmann den Antrag vorzustellen.

Die Motivation – so GR Deichmann – war die Frage, wie man zu mehr Planungssicherheit komme. Sie haben den Antrag entsprechend der Themen auf 4 Punkte aufgeteilt. Die Idee war, einen zeitlichen Vorlauf zu gewinnen, weil die ESU ja im vorletzten KiGa-Jahr stattfindet. Dann könne man in diesem Zusammenhang gleich die Eltern nach ihren Schul- und Betreuungsplänen fragen. Eine anschließende Veröffentlichung sorge für mehr Transparenz. Die Evaluierung ist bewusst mit aufgenommen, um den Erfolg festzustellen und Anpassungen zu ermöglichen.

BM Dr. Soltau erklärt, dass er im Prinzip Zahlen als Grundlage für Entwicklungsprognosen befürworte, hier aber der Verwaltungsaufwand im Verhältnis zum Nutzen enorm sei.

Frau Marinic erläutert die ausführliche schriftliche Stellungnahme mit Berechnungen und Prognosen, die den Gemeinderäten vorab zugegangen ist. Aufgrund des frühen Erhebungszeitpunktes sind die ermittelten Zahlen nicht wirklich belastbar. So habe man für dieses Schuljahr aufgrund der Meldezahlen an beiden Schulen mit 3-Zügigkeit gerechnet. Tatsächlich eingeschult wurden, ebenfalls an beiden Schulen, so viel weniger Kinder – wie dargestellt -, dass es jeweils bei der 2-Zügigkeit blieb. Verantwortlich dafür sind u.a. Rückstellungen, aber auch Wohnorts- und damit Schulbezirkswechsel oder Anmeldung auf einer privaten Schule, wie z.B. Waldorfschule oder Freie Evangelische Schule. Damit wird klar, dass erst mit der Schulanmeldung, d.h. ein halbes Jahr vor der Einschulung planbare Zahlen vorliegen. Noch schwieriger wird es, den Bedarf für die Schulkindbetreuung zu ermitteln, da dieser stark von den Stundenplänen abhängt. Erfahrungsgemäß warten insbesondere die Eltern der Einschulungskinder den Stundenplan ab, bevor sie ihr Kind zur Betreuung anmelden. Es soll jedoch im Rahmen der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung ab 2026 eine Abfrage zu Bedarfsermittlung geben. Die Verwaltung empfiehlt deshalb, diese Planungen abzuwarten.
Falls man zukünftig dennoch ein Schulbarometer auf der Homepage veröffentlichen will, kann das nur in Absprache mit den Schulleitungen und dem Schulamt erfolgen.

BM Dr. Soltau bietet an, aufgrund der Meldedaten zurückliegende Zahlen für mehrere Jahre vorzulegen.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 16 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 2 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

Auf Antrag von GR Dolch wird die Sitzung für eine kurze Beratung der Gemeinderäte untereinander unterbrochen von 21:38 h – 21:40 h.

GR Deichmann erklärt danach, sie könnten dem Vorschlag von BM Dr. Soltau folgen, hätten aber gerne 1 Jahr vor der Einschulung die Abfrage bei den Eltern, welche Schule und welcher voraussichtliche Betreuungsbedarf an SKB. Das könne man ja mit Serienbrief machen.

GRin Witte-Borst sagt Frau Marinic, sie fühle sich nicht gut und verlässt die Sitzung.

GR Mayer wundert sich: Man spreche immer von Bürokratieabbau, statt dessen wird hier weiterer Bürokratieaufbau betrieben. Wenn er hört, mit welchem Aufwand das verbunden und wie wenig aussagekräftig das ist - er sei dagegen.

GR Dr. Göppert findet den Antrag grundsätzlich gut, hat aber Bedenken, dass sich nur die zurückmelden, dies es schon sicher wissen. Die Qualität wird nicht ausreichen, weil die, die es noch nicht wissen, sich vermutlich nicht zurückmelden.

GRin Ambros fragt, wie man mit Neubauten umgeht, bei denen Menschen zuziehen.

Frau Marinic sagt, das sei reines Glaskugellesen, weil man ja nicht wisse, wer zuzieht. Außerdem betreffe es nicht nur Neubauten, sondern auch Umbauten, wie man in letzter Zeit gesehen habe. Da finde häufig ein Generationenwechsel statt.

BM Dr. Soltau fasst zusammen: Es gibt eben viele Unsicherheiten.

Er fragt, ob man sich auf folgendes Vorgehen verständigen könne:

- Die Gemeinde veröffentlicht die Zahlen der tatsächlichen Schulanmeldungen bezogen auf die Ortschaften und Jahrgangsstärken auf der Homepage.
- Die Eltern der Kinder, die schulpflichtig werden, werden ca. 1 Jahr vorher angeschrieben und angefragt, auf welche Schule sie ihr Kind schicken wollen und wie hoch voraussichtlich der Betreuungsbedarf SKB ist.

GR Dolch findet, es sei mal einen Versuch wert. Danach werden man sehen, ob es was bringt.

BM Dr. Soltau lässt über den o.g. Vorschlag abstimmen.

Der Gemeinderat stimmt dem mehrheitlich mit 2 Nein-Stimmen zu.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 15 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 3 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 12

Einwohnerversammlung:
Sanierungsmanagement, Städtebauliches Sanierungsprogramm und Kommunale Wärmeplanung

Die Sitzungsvorlage 095/2024 wird Bestandteil der Niederschrift.

BM Dr. Soltau erläutert den Sachverhalt und den geplanten Programmablauf. Er erklärt auf Rückfrage von GR Dolch, dass dies mit den Referenten bereits abgesprochen sei.

GR Dr. Göppert findet es gut, stört sich aber am Ablauf. Der Sanierungsausschuss hat sich noch nicht konstituiert, und die Grenzen sind so wie bisher im Gemeindeboten veröffentlicht. Warum gibt es keine Erweiterung dazu?

BM Dr. Soltau erklärt, dass die Grenzen nicht so fest seien, dass nicht noch angrenzende Grundstücke hinzugenommen werden können. Aber man sei laut Gesetz verpflichtet, ein genau abgegrenztes Gebiet zu veröffentlichen. Der GR hat die KE mit der Vorbereitung beauftragt; dafür brauchte es ein abgegrenztes Gebiet. Dieser Beschluss muss bekanntgemacht werden. Man muss den Leuten, die außerhalb der Grenzen wohnen, dann bei der Einwohnerversammlung sagen, dass sie auch betroffen sein können.

GR Dr. Göppert fragt, ob wir es in den 3 Wochen noch schaffen, den Ausschuss zu konstituieren und die Grenzen neu festzulegen.

GR Ferber befürchtet, dass nur die kommen, die innerhalb der Grenzen wohnen.

BM Dr. Soltau sagt, das sei eine Frage der Einladung; da müsse man darauf hinweisen, dass sowohl Angrenzer aber auch alle anderen Interessierten kommen sollen.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, am Mittwoch, 16.10.2024 um 20:00 Uhr eine Einwohnerversammlung nach § 20a GemO in der Turn- und Festhalle Kusterdingen anzuberaumen.

Gemeinde Kusterdingen	
Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des **Gemeinderates** **-öffentlich-**	Verhandelt mit dem **Gemeinderat** am 25.09.2024 Anwesend: Der Vorsitzende **Bürgermeister Dr. Soltau** und 15 Gemeinderäte; Normalzahl 18 Abwesend: 3 Gemeinderäte Außerdem anwesend: Frau Marinic, Frau Schoser, Herr Greiner Schriftführerin: Frau Elsässer

TOP 13

Wünsche, Verschiedenes, Anträge

13.1 Stand der Planungen für die Grundsteuer 2025

Auf Rückfrage von GR Dürr erklärt BM Dr. Soltau, dass dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen verschiedene Szenarien vorgestellt werden sollen. Es gehe ja vor allem um die Grundsteuer B, wo sich der Vertrag mit Reutlingen zum gemeinsamen Wirtschaftsgebiet IG West besonders auswirke. Das Problem wurde schon mehrfach im GR diskutiert; wenn Reutlingen den Hebesatz erhöht und Kusterdingen nicht, führt das zu einem finanziellen Verlust für Kusterdingen. Denn wir müssen trotzdem den Ausgleich an Reutlingen in der Höhe bezahlen als ob wir den Hebesatz genauso erhöht hätten. Deswegen könne er sich auch nicht vorstellen, dass wir unseren Hebesatz anpassen, bevor wir den von Reutlingen kennen. Dort wird voraussichtlich im November entschieden.
Was das Thema der Aufkommensneutralität betrifft, dem Grunde nach also keine Mehreinnahmen bei den Gemeinden, so muss klar gesagt werden, dass sich innerhalb der Grundstücke einiges ändern wird. Große Grundstücke mit wenigen Wohnungen werden höher besteuert als solche mit vielen Wohnungen. Das ist landespolitisch so gewollt.

13.2 Glasfaser – aktueller Stand

Auf Rückfrage von GR Mayer erklärt BM Dr. Soltau: Die Orte sind inzwischen miteinander verbunden. Was den Ausbau in den Orten betrifft, so sei es schwierig, dazu etwas Positives zu berichten. Beschlossen wurde, dass erst dann eine neue Baustelle aufgemacht werden darf, wenn die alte geschlossen ist. Die Gemeinde, also das Ortsbauamt, Herr Dieter, ist sehr dahinterher.
Im Übrigen ist die Öffentlichkeitsarbeit Aufgabe der Deutschen Glasfaser.

13.3 Gemeinschaftsraum im betreuten Wohnen in Wankheim

GR Gassler berichtet, dass er dort beim gemütlichen Kaffeetrinken war. Der Raum sei richtig schön geworden, und die Bewohner sehr angetan. Er sei beauftragt, auch dem GR für die Bereitstellung der Mittel zu danken.